

barb" bricht von Unterhandlungen wegen der Kon- sultationen, der "Daily Express" in verlegendem Tone von deutschen Geistesgenossen in Südamerika. Die amerikanische Presse sieht in dasselbe. Hier weilt sie sich von englischen Enten nährt. Holland denkt im äussersten nicht der deutschen Regierung aus der höchsten und selbstredend gleichgültigen Ver- handlung Kaiser, mit dem sie weder Geschäfte zu erledigen noch Handel auszutragen hat, einen Vor- wurf zu machen.

Zittau, 21. Dezember. (C. T. C.) Die Zweite Kammer lehnte heute bei der Beratung der Volksschulnovelle den Antrag der Volkspartei auf obligatorische Einführung des achten Schuljahres mit 50 gegen 33 Stimmen der Volkspartei und Sozial- demokraten ab. Dagegen wurde dem Antrag der Kommunion auf fakultative Einführung des achten Schuljahres zugestimmt.

Dagen, 21. Dezember. (C. T. C.) Amtliche Meldung. Gestern nachmittag 4 Uhr 20 Min. fuhr im Berliner - Bahnhof Hagen (Westfalen) bei sehr dichtem Nebel Güzug Nr. 102 bei der Einfahrt in Gleis 3 eine in diesem Gleise vor Weiche 42 haltende Rangier-Lokomotive auf. Der Güzug 102 hatte vor dem Einfahrtssignal Q gehalten, fuhr dementsprechend langsam ein und kam bei dem Zusammenstoß sofort zum Stillstand. An den beiden Lokomotiven sind nur die Räder zerbrochen. Zwei Reisende er- litten infolge des plötzlichen Anhaltens leichte Hautabstrürungen. Sonstige Beschädi- gungen an Material kamen nicht vor. Schuldfrage noch nicht völlig geklärt.

London, 21. Dezember. (C. T. C.) Das Par- lament hat sich bis zum 16. Februar 1909 vertagt.

Wien, 21. Dezember. (C. T. C.) Die Stuphina ist heute wieder zusammengesetzt. Nachdem vom Präsidenten ein Begrüssungs- telegramm der montenegrinischen Stuphina mitgeteilt worden war, legte der Kriegsminister dem Hause einen Gesetzentwurf vor, durch den ein außerordentlicher Kredit von 10.500.000 Francs gefordert wird. Beratung und Entscheidung über diesen Gesetzentwurf sollen in geheimer Sitzung erfolgen. (Siehe auch in der I. und II. Beilage.)

Amtliche Nachrichten.

Der König hat dem Oberpostsekretär a. D. Hermann Prochnow zu Görlitz, dem Oberlegraphen- sekretär a. D. Karl Laeberer zu Berlin und dem Postmeister a. D. Wilhelm Külling zu Odenburg (Großherzogtum), bisher in Jdar, den Roten Adler- orden vierter Klasse, dem Fabrikbesitzer Friedrich Bohn zu Kiel, dem Kirchweiser, Rentner Heinrich Endemann, dem Presbyter, Rentner Wilhelm Stöckmann genannt Bohmert, beide zu Wanne im Landkreise Gelsen- krad, dem Postinspektor Heinrich Böcker zu Berlin, dem Postsekretär Friedrich Wape zu Schanghai, dem Eisenbahnbetriebssekretär Maximilian Köschge zu Breslau, dem Postsekretär a. D. Karl Nehe zu Königsberg i. Pr., bisher in Waldbau O.-Pr., den Telegraphenbetreibern a. D. Otto Gebhardt und Rudolf Waeh zu Danzig den königlichen Kronen- orden vierter Klasse, dem Leutnant Harry Müller, dem Unteroffizier Albert Fregin, beide im Danziger Infanterie- regiment Nr. 123, dem Unteroffizier Walter Kindt im Pionierbataillon von Nauch (Brandenburgischen) Nr. 3, dem Hülfschobolsten, überzähligen Unteroffizier Richard Feurerken im Infanterieregiment von Winterfeldt (2. Oberheselischen) Nr. 23 und dem Pionier Karl Schwarzmann im Pommerschen Pionier- bataillon Nr. 2 die Rettungsmedaille am Bande ver- liehen.

Der Kaiser hat dem Staatssekretär des Innern und Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. von Bethmann Hollweg die Erlaubnis zur An- nahme des von dem Großherzog von Hessen und bei Rhein ihm verliehenen Großkreuzes des Verdienst- ordens Philipps des Großmütigen erteilt.

Der Kaiser hat das ständige Mitglied des Reichs- versicherungsamts, Geheimen Regierungsrat Wilhelm Hülsmann zum Senatsvorsitzenden im Reichs- versicherungsamt ernannt.

Der Kaiser hat dem Obermarineintendantursekretär Mojse den Charakter als Rechnungsrat verliehen. Der Kaiser hat dem Wasserbauinspektor Jaehniße in Stralsburg i. Ost. den Charakter als Kaiserlicher Bauamt mit dem Range der Räte vierter Klasse verliehen.

Der König hat dem etatsmäßigen Professor an der Technischen Hochschule zu Berlin, derzeitigen Rektor Richard Bormann den Charakter als Geheim- rater Bauamt.

Dem Geheimen Registrator bei der Generalordens- kommission, Rechnungsrat August Prell den Charakter als Geheimen Rechnungsrat und den Kationinspektoren Horn in Straßburg, Hüttin in Münster und Niesel in Trier den Charakter als Generalrat verliehen sowie

infolge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Gerswalde getroffenen Wahl den Stadtrat Raback dalest als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Gerswalde auf fernere sechs Jahre bestätigt. Dem königlichen Kronidekommissarspächter Hugo Kuettner zu Erdmannsdorf sowie den königlichen Hausidekommissarspächtern Kurt Hempel zu Töppendorf, Alexander Böhn zu Neu-Kammunen und Wilhelm Böhn zu Groß-Borek ist der Charakter als Oberamtmannt beigelegt worden.

Der Handelslehrer Fritsch in Thorn ist zum königlichen Handelslehrer an der Gewerbeschule in Thorn ernannt worden.

Politische Nachrichten.

Berlin, den 22. Dezember.

Die Studien des Kronprinzen im preußi- schen Finanzministerium werden, wie die "Berliner Universal - Korrespondenz" zuverlässig hört, Ende Januar beendet sein. Seit einigen Wochen orientiert sich der Kronprinz in den preussischen Staatsarbeiten. Den Abschluß der Studien im Finanzministerium werden Vorträge über die Staatsfinanzenverwaltung bilden. Anfang Februar beginnen die Studien des Kronprinzen im Reichsjustizministerium.

Der Bundesrat hat einige Änderungen an den Ausführungsbestimmungen zum Zähl- stoffgesetz vorgenommen. U. a. sind demnach die Muster der Zählstoffbesitzscheine für Apotheken und für andere Personen als Apotheker geändert und ein neues Muster für das Zählstoffausgabebuch der Apotheken aufgestellt.

Den Gesetzentwürfen zur Reichsfinanzreform ist ein umfangreicher Denkschriftenband zur Begrün- dung beigegeben. Neuerdings ist nun eine Zusätz- lichvorlage erschienen, die von folgender Notiz begleitet ist: "Der Beginn der ersten Lesung der Gesetzentwürfe zur Finanzreform im Reichstage machte den Ab- schluß des Denkschriftenbandes notwendig, während die Ergänzung der sachungswiese eingeleiteten Riffen sowie eine zweite Nachprüfung der einzelnen Zahlen insbesondere unter Zuziehung der Staats- haltungsüberficht von 1907 für das Reich im Ganzen war. Nach Vornahme der verschiedenen Zusätze sind, da eine Nachprüfung zahlreicher kleiner Verände- rungen und der neueren Zahlen für 1907/08 für die Benutzung mit erheblicher Beschäftigung ver- bunden wäre, die Seiten 3 bis 32, 127 bis 136 und 151 des Teils I nengedruckt beigegeben. Weitere Zusätze werden mit dem Sachregister dem- nächst folgen."

Der Parlamentarier erwacht auch aus diesen Änderungen eine ungenüßliche Arbeitslast.

Seit der Erkrankung des Kultusministers Dr. Helle ist die Leitung des Kultusministeriums wieder aktuell geworden. Die Erkrankung Dr. Helles läßt erkennen, daß die Leitung eines derart umfangreichen Ressorts, wie es das Kultus- ministerium ist, die Kräfte eines Einzelnen übersteigt. Der Minister veruchte nämlich seinerzeit, sich über die internen Vorgänge in den ihm unterstellten Ab- teilungen zu informieren und mußte dieses Vermögen mit dem Verluste seiner Gesundheit bezahlen. Seine Vorgänger waren vorsichtiger und überließen die Entscheidungen innerhals der einzelnen Abteilungen den zuständigen Ministerialdirektoren. Infolgedessen wird die Absicht erwogen, die Arbeitsaufteilung des Innern anzukündigen. Ueber das Stadium vorläufiger Erwägungen ist die Angelegenheit noch nicht geblieben.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Breiten- bach ist Sonntag in Dresden eingetroffen und wurde gestern nachmittag vom König in Audienz empfangen. Unschicklich fand eine Frühstückstafel statt, zu welcher der genannte Minister sowie der preussische Gesandte Prinz zu Hohenlohe-Dehringen, der sächsische Finanz- minister Dr. von Mäler und Geheimrat von Seib- wig geladen waren.

Der "N.-A." berichtet: Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 17. d. M. die im Reichs- eisenbahnamt bearbeitete neue Eisenbahn- verkehrsordnung genehmigt und ihre Einführung zum 1. April 1909 beschloßen. Damit haben die Verhandlungen, die seit mehreren Jahren zwischen dem Reichseisenbahnamt und den beteiligten Bundesregie- rungen sowie mit Vertretern des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft gepflogen worden, einen befrie- digenden Abschluß gefunden. Die neue Verkehrsord- nung trägt zahlreichen berechtigten Ansprüchen des sich rät- los entwickelnden Verkehrs Rechnung, der Stoff ist übersichtlicher als bisher geordnet und auf eine klare, knappe Ausdrucksweise ist besonderer Wert gelegt. Die Veröffentlichung der neuen Ordnung wird dem- nächst im "Reichsgeheblatt" erfolgen. Nach den mit den Regierungen von Oesterreich und Ungarn ge- troffenen Abreden werden voraussichtlich in diesen Staaten gleichzeitig neue, mit der Eisenbahnverkehrs- ordnung in allen wesentlichen Punkten überein- stimmende Betriebsreglements in Kraft treten.

Die "N. A. Z." schreibt: Dem Bundesrat liegt zurzeit der Entwurf einer Postkollaboration vor, durch welchen den namentlich als Handelskreise ausgeprochenen Wünschen wegen Beschleunigung und Vereinfachung der Postkollaboration Rechnung ge- tragen werden soll. Zu diesem Zweck wird zunächst auf die bisher vorgeschriebene Vorabfertigung an der Grenze ganz verzichtet und der Postverwaltung über- lassen, die Sendungen der zuständigen Poststellen zur Abfertigung vorzuführen. Durchführ- Sendungen Abfertigung werden von einer für die deutsche Post- verwaltung bestimmten Inhaltsverklärung begleitet,

noch beim Ein- oder Ausgange der Poststelle vor- geführt zu werden. Für die Ausfertigung der In- haltsverklärungen soll neben der französischen auch die englische Sprache allgemein zugelassen werden, außer- dem ist die jetzige Beschränkung der Direktionsbehörden bezüglich der Zulassung anderer Sprachen im Falle nachgewiesenen Bedürfnisses befristet. Für die Ab- fertigung von Massen sendungen soll freier Waren- stoff die probeweise Revision zugelassen, um die Beförderung nach Möglichkeit zu beschleunigen. Bei Nachnahmeseudungen soll dem Em- pfänger vor der Abfertigung eine Besichtigung der Sendung gestattet werden, damit er prüfen kann, ob er von dem Rechte der Annahmeverweigerung Gebrauch machen soll. Endlich soll die Gewährung von Posterklassen für verloren gegangene, verborene oder wegen Unbestellbarkeit vernichtete Sendungen erweitert und vereinfacht und die Ausführung der Verpflegung durch die Postverwaltung dadurch er- leichtert werden, daß an Stelle der Einzelentrichtung der Postbeträge eine monatliche Abrechnung zugelassen wird. Die beabsichtigten Neuerungen werden in allen beteiligten Kreisen mit Befriedigung aufgenommen werden.

Die von unterrichteter Seite verlautet, hat der Justizminister über den Termin der mündlichen Prüfung der Juristen eine Verfügung erlassen. Darin wird bestimmt, daß das mündliche Examen der ersten juristischen Staatsprüfung spätestens sechs Wochen nach Abgabe der schriftlichen Arbeiten zu er- folgen hat.

Der in Aufsicht gestellte Entwurf über die sogenannten authentische Interpretation des Artikels 54 der Reichsverfassung wird in diesen Tagen an den Bundesrat gelangen. Der Entwurf ist bekanntlich bestimmt, die Zweifel an der Auslegung des genannten Artikels der Reichsverfassung zu be- seitigen. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um die Frage der Schiffsahrtsgaben.

Am 16. d. M. hielt der Vorstand des badi- schen landwirtschaftlichen Vereins eine Sitzung ab, um über die Gesetzesvorlagen bezüglich der Reichsfinanz- reform zu beraten. Es wurde erwogen, welchen Ein- fluß diese Vorlagen auf die badiische Landwirtschaft haben werden und welche Wünsche und Anträge dem Reichstag in dieser Beziehung unterbreitet werden müssen, um etwaige Benachteiligungen von unserer Landwirtschaftlichen Bevölkerung fernzuhalten. Der Vorstand kam hierbei zu folgenden Beschlüssen:

- 1) Die Nachlaststeuer ist für die landwirtschaft- liche Bevölkerung unannehmbar und ist die Ab- lechtung betr. Gesetzentwurfes zu beantragen.
- 2) Bei einer etwaigen höheren Besteuerung des Tabaks ist unter Ablehnung der vorgeschlagenen Fabriksteuer eine Erhöhung des Eingangszollens auf ausländischen Tabak anzustreben, wogegen die jetzige Tabaksteuer eine Erhöhung nicht erfahren soll.
- 3) Die beantragte Steuer auf Elektrizität ist als für die landwirtschaftlichen Betriebe nachteilig ebenfalls abzulehnen.
- 4) Endlich mußte sich der Vorstand gegen die Weinsteuer ausprechen, weil dieselbe einen nach- teiligen Einfluß auf den badiischen Weinbau, insbe- sondere die Erzeugung der besseren Weine haben würde.

Diese Beschlüsse nebst Begründung sollen den badi- schen Reichstagsabgeordneten und erforderlichenfalls dem Reichstagsrat zur Berücksichtigung bei den Ver- traten der Gesetzentwürfe übermittle werden.

Sehr interessant ist auch die Stellungnahme des Zentrums, das sowohl mit der äußersten Linken wie mit der äußersten Rechten zu Liebäugeln weiß und dabei nicht abgeneigt ist, mit den Liberalen einen neuen Pakt zu bilden. Aber dieser letztere Plan ist zu durchschauen. Ist nur erst der gegenwärtige Pakt gesprengt, denkt man im Zentrum, dann sind wir wieder die Herren und die Liberalen müssen wieder einmal wie früher schon unsere Gefolgschaft bilden. Man wird aber links Fehler nicht wiederholen, die einst Bismard schwere Sorge darüber bereiteten, ob in Deutschland alleseit der Liberalismus mit phantastischen Allernweltsbegleichungsplänen verbunden sein und nie zu realer Betrachtung der Wirklichkeits- verhältnisse gelangen werde. So schreibt jetzt zur Frage der Nachlaststeuer das rheinische Zentrumsb- latt:

Auch die "Rheinische Volkszeitung" lehnt diese Steuer durchaus ab. Das wissen die "Zentrumsb- landwirte" sehr gut. Jedemfalls brauchen sie sich nicht von dem Organ des Bundes der Land- wirte zur Wachsamtkeit ermahnen zu lassen; sie sind auf dem Posten, wie noch dieser Tage die große Protestversammlung rheinischer Landwirte gezeigt hat, die zweifellos größtenteils politisch zur Zentrumspartei sich bekennen. Die liberalen Parteien dürfen sich jedenfalls keines- wegs der Hoffnung hingeben, die Nachlast- steuer mit dem Zentrum zu machen. Davon kann keine Rede sein. Was aber den etwaigen Ertrag derselben anlangt, so ist heute noch völlig unklar, was als solcher in Betracht kommen kann. Das Zentrum wird sich dabei ganz sachlich ent- scheiden; ob es dabei besser mit der Linken oder mit der Rechten zusammenarbeiten kann, läßt sich heute noch nicht sagen.

Man kann eben stimmen nach rechts, man kann stimmen nach links, man wird "sachlich" entscheiden, was dem Fürsten Bismarck unangenehmer sein wird.